

Freiheit statt Überwachungs-Wahnsinn !

Dem Bundesverfassungsgericht wurden am 29.02.2008 in Karlsruhe die Vollmachten von über 34.000 Bürgerinnen und Bürgern übergeben, die sich gegen die sechsmonatige Sammlung ihres Telekommunikations- und Bewegungsverhaltens zur Wehr setzen wollen.

Gegen die seit 1. Januar 2008 eingeführte Überwachungsmaßnahme richtet sich damit die größte Verfassungsbeschwerde in der Geschichte der Bundesrepublik. Die 102 Aktenordner und 12 Umzugskartons füllenden Vollmachten der Beschwerdeführer wurden für den Berliner Anwalt Meinhard Starostik beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

Im Anschluss schlugen Mitglieder des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung am Platz der Grundrechte in Karlsruhe symbolisch 17 Thesen zur Verteidigung der Grundrechte in der heutigen Zeit an. Für verschiedene Grundrechte wurde je eine These angenagelt, beispielsweise "Die Souveränität des Individuums über seine Daten ist die Voraussetzung der Wahrnehmung seiner Freiheit" Auf weiteren Tafeln waren entgegengesetzte Äußerungen von



Politikern zu lesen, etwa die Aussage der Bundeskanzlerin: "Es kann doch keinen Raum geben, in dem Terroristen sicher sein können, dass sie sich austauschen können, ohne dass der Staat einen Zugriff hat."- Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung erklärt dazu: "Wir fordern Regierung und Parlament auf, eine unabhängige Überprüfung aller seit 1968 beschlossenen Überwachungsgesetze auf ihre Wirksamkeit und schädlichen Nebenwirkungen hin einzuleiten. Wir fordern außerdem den sofortigen Stopp neuer Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, wenn sie mit weiteren Grundrechtseingriffen verbunden sind. Dazu zählen die Überwachung von Flugreisenden, das geplante zentrale Melderegister,

der biometrische und elektronische Personalausweis sowie Präventivbefugnisse des Bundeskriminalamts einschließlich staatlicher Spionage auf Privatcomputern." Anfang Februar hatte das Bundesverfassungsgericht den Eilantrag auf Aussetzung der gigantischen Datensammlung zunächst Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat und den Länderregierungen zur Stellungnahme zugeleitet. Dabei fragte das Gericht unter anderem, ob es zutrefte, dass auch ohne Vorratsdatenspeicherung nur 2% der Abfragen von Verbindungsdaten erfolglos bleiben. Das Bundesverfassungsgericht will noch im März über den Eilantrag entscheiden. Eine Umfrage des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung vom Ende Januar 2008 kommt zu dem Ergebnis, dass viele Menschen seit Jahresanfang die Nutzung von Telefon, Handy, E-Mail und Internet vermeiden. In sensiblen Bereichen wie Journalismus und medizinische Beratung hat dies schwerwiegende Folgen für die Betroffenen. Informationen zur Sammel-Verfassungsbeschwerde:

<http://www.verfassungsbeschwerde.vorratsdatenspeicherung.de>

<p>Neues zum</p> <p>"Sozial-Ticket"</p> <p>Dortmund und Köln haben es !</p> <p>Sachstand üstra/GVH Hannover ?</p> <p>siehe Seite 2</p>	<p>fairKauf eG in Hannover</p> <p>Ramsch oder Edelware ?</p> <p>Hannovers Secondhand-Kaufhaus</p> <p>aus der Sicht von ALG-II-ern</p> <p>siehe Seite 5</p>	<p>Info zum Berufungs-Prozess</p> <p>"Offenes Mikrofon"</p> <p>beim Landgericht Hannover,</p> <p>am 27.03.2008</p> <p>siehe Seite 5</p>
---	--	--

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ?
Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte siehe letzte Seite**

@lptraum - eine kostenlose Zeitung der Projektgruppe gegen die Agenda 2010

Wir treffen uns z.B. jeden Montag 18.00 Uhr bei der Montagskundgebung am Schillerdenkmal.

MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !

www.alptraum.org - info@gegen-sozialabbau.de



Kontrolle: üstra erwischte im letzten Jahr 88.640 Schwarzfahrer

Schärfere Kontrollen zeigen Wirkung: Die üstra ist auch im vergangenen Jahr konsequent gegen Schwarzfahrer vorgegangen und hat mit ihren Prüfern 88.640 Personen ohne gültigen Fahrausweis erwischt. Das sind 10,1 Prozent mehr als in 2006 (80.536 Schwarzfahrer) *siehe @lptraum 02/2007*. **Durchschnittlich erwischten die Kontrolleure pro Tag 234 Personen ohne Fahrschein.**

Der neue Rekord ist das Ergebnis weiterer intensivierter Kontrollen. So wurden durch 33 Prüfer der üstra und 28 Prüfer der protec Service GmbH im Jahr 2007 rund 3,566 Millionen Fahrgäste nach ihrer Fahrkarte gefragt - 21,8 Prozent mehr als im Vorjahr (2,928 Millionen überprüfte Fahrgäste). Der Anteil der erwischten Schwarzfahrer an den überprüften Fahrgästen ist demnach in 2007 leicht gesunken: von 2,75 Prozent in 2006 auf jetzt 2,49 Prozent.

"Je höher das Risiko, überprüft zu werden, desto geringer die Neigung, ohne Fahrkarte in unsere Busse und Bahnen zu steigen", erklärte dazu der Vorstandsvorsitzende der üstra André Neiß. "Wir wollen mit unseren intensiven Kontrollen vor allem abschreckend wirken und nicht in erster Linie möglichst viele Schwarzfahrer erwischen", betonte der üstra-Vorstandsvorsitzende: "Unser Ziel ist es, im Interesse der zahlenden Fahrgäste mehr Ehrlichkeit beim Ticket-erwerb und damit höhere Einnahmen

aus dem Ticketverkauf zu bewirken."

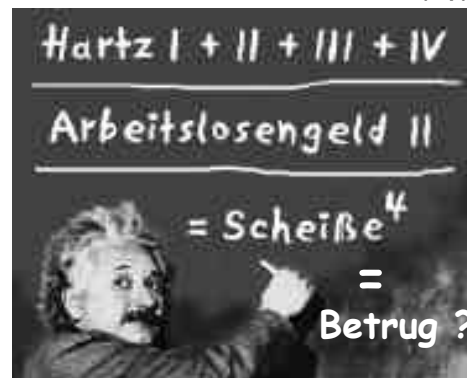
Wer ohne gültigen Fahrausweis erwischt wird, hat gemäß den Beförderungsbestimmungen ein erhöhtes Beförderungsentgelt von 40 Euro zu zahlen. Es erhöht sich auf 47 Euro, wenn es nicht innerhalb von 14 Tagen gezahlt wird. Dadurch nahm die üstra 2.041.931 Euro ein - 9,9 Prozent mehr als in 2006 (1.857.625 Euro).

Gegen 18.423 der erwischten Schwarzfahrer stellte die üstra - neben dem erhöhten Beförderungsentgelt - in 2007 zusätzlich einen Strafantrag. Das geschieht bei Wiederholungstätern und im Fall von gefälschten oder manipulierten Fahrscheinen. Die Betroffenen müssen sich nun wegen Beförderungerschleichung beziehungsweise Urkundenfälschung verantworten. Die Zahlungsmoral der Schwarzfahrer lässt zu wünschen übrig: 29.065 Übeltäter zahlten ihre 40 Euro nicht sofort, sondern mussten von der üstra schriftlich angemahnt werden. (Quelle: üstra medieninfo) (ErSt)

@lptraum und die SozialTicket-Initiative Hannover fordern seit 2005 die Entkriminalisierung von Schwarzfahrern durch Einführung eines bezahlbaren Sozial-Tickets in einer angemessenen Höhe von z.B. 15 Euro.

In der Sitzung des Sozialausschuss der Region Hannover am 19.02.2008 wurde in der Bürgerfragestunde nachgehakt. Befürworter des Sozialtickets antworteten positiv, konnten jedoch

keine konkrete Antwort zu einer geplanten Rabattierung geben, da noch keine Ergebnisse der mit der Prüfung betrauten Verwaltung vorlägen. Ein CDU-Mensch des Sozialausschusses verwies abermals auf die von den Betroffenen nicht genutzte Hannover-Pass-Regelung, war auch der Meinung, dass zum Fahrplanwechsel 2008 das Prüfverfahren unmöglich abgeschlossen sein könnte. **Eine sich selbsterfüllende Prophezeiung oder einfach nur ausgeplaudertes Insiderwissen?** Frau Klawunde, Regionsfraktions-Grüne, möchte auch den Großraum Hannover einbeziehen. **Wir möchten bezahlbare Mobilität für alle, ohne unnötige, stets ausufernde Investitionen.** (Alp)



@lbert Einstein im Februar:
"Nimm alle Dinge wichtig, aber keines richtig ernst."
(Albert Einstein 1879-1955)

Wir unterstützen die Erklärung des Sozialbündnis Hannover und treten für die Schaffung eines SozialTickets für Hannover ein:

DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Ev.-luth.Industriefarramt (KDA), Redaktion Alptraum, Ev.-luth.Stadtkirchenverband Hannover, Arbeitslosen Zentrum Hannover (ALZ), ver.di Ortsverbandsausschuss Region Hannover, Arbeitskreis Arbeitslose Linden, IG Metall-Erwerbslose Hannover, Kulturzentrum Pavillon (BI Raschplatz e.V.), Kabarettist Dietrich Kittner (KKK), Prof. Dr. Peter Grottian (FU Berlin), Arbeitskreis "Recht auf Mobilität" Berlin, Werkstatt Süd, DROP IN - FixPunkt (Step), VVN / Bund der Antifaschisten e.V. Hannover, AStA Uni-Hannover, Leibniz Universität Hannover, Friedensbüro Hannover e.V., Diakonisches Werk Hannover, attac Hannover, Bündnis für Soziale Gerechtigkeit (BSG), Das Linksbündnis.Region Hannover, Die Linke.PDS Region Hannover, DKP Kreisverband Hannover, WASG Ortsverband Lehrte, Linksruck Hannover, Hannoversches Frauenbündnis, Förderverein Gartenhaus e.V., Sozialistisches Café Hannover, Türk.Kiosk Leinaustr.16, AllerWeltsLaden Linden, Marxistisch-Leninistische Partei (MLPD) Hannover, Arbeits- und Sozialberatungs-Gesellschaft e.V. (ASG), Bündnis Montagsdemo Hannover, Interkulturhaus Kargah e.V., Sozialinitiative Linden-Limmer e.V. (S.I.L.L.), Projektgruppe "Agenda-2010-kippen", Erwerbsloseninitiative Hannover-Nordstadt, Querkunst Hannover e.V., Bündnis Zukunft Hannover, Initiative "Offenes Mikrofon" Hannover, Prof. Rainer Roth (AG TuWas Frankfurt/M.), IG Metall-Erwerbslose Wolfsburg (ANW), Ratsgruppe Hannoversche Linke, SPD Linden-Limmer (Abt. Linden-Nord), Africa-Forum Hannover, Pogo-Partei Nds. (POP), radio flora - Hannovers Regionalsender: UKW 106,5 | Kabel 102,15 MHz

Kontakt: SozialTicket-Initiative Hannover, c/o KDA Industriefarramt, DGB Hannover, Redaktion @lptraum.

"ALP-Traum" ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe "Agenda 2010 kippen" Hannover

Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0151 / 16 56 24 31

@lptraum-Redaktion (Alp) - Fotos / Beiträge / Gastbeiträge: Dolf Mielenhausen (DoMi), Tel. 16 22 361

Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover

www.alptraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: info@gegen-sozialabbau.de

@lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung

Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

33 üstra-Prüfer + 28 protecService-Prüfer: Schwarzfahren? - Nein Danke!



Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
ALZ, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 12 400-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 70 14 8-21
SVdK, Rote Reihe 15	Termin vereinbaren, 1 31 72 20
pro familia, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Gruppenstraße 8	Termin vereinbaren, 27 07 39-0

Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen !
 Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen !

LSG Nds.-Bremen: ARGE muss Monatskarte bei langem Schulweg zahlen

Hartz-IV-Empfänger haben unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf zusätzliche Leistungen für eine Schüler-Monatskarte.

Das gilt jedenfalls dann, wenn der Weg zwischen Wohn- und Schulort nur mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden kann und keine andere öffentliche Stelle für die Kosten der Monatskarte aufkommt. So entschied der 7. Senat des Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen in einem Verfahren auf einstweiligen Rechtsschutz. (Beschluss vom 3. Dezember 2007, Az.: L7 AS 666/07 ER).

Im vorliegenden Fall besuchte die Tochter einer Hartz-IV-Empfängerin die 11. Klasse der gymnasialen Oberstufe.

Da das nächstgelegene Gymnasium 22 Kilometer vom Wohnort entfernt war, nutzte die Schülerin den Bus. Einen Antrag auf Übernahme der Fahrtkosten von monatlich gut 89 € lehnte die zuständige Arbeitsgemeinschaft (ARGE) ab. Zwar räumte sie ein, dass die Fahrtkosten nicht vom monatlichen Regelsatz angespart werden könnten. Dennoch gebe es keine rechtliche Grundlage für die Übernahme der Fahrtkosten. Das sahen die Richter am Landessozialgericht (mit Sitz in Celle) anders. Die Pauschalierung der Leistungen beim Arbeitslosengeld II (ALG II) beziehungsweise der Grundsicherung dürfe nicht dazu führen, dass Kindern aus armen Haushalten

nicht das Gymnasium besuchen könnten. Im konkreten Fall müsse der Leistungsträger seinen Ermessensspielraum nach Paragraph 73 SGB XII nutzen.

Bereits im Januar berichtete @lptraum über das BSG-Urteil vom Bundessozialgericht Kassel, wonach JobCenter, wenn sie zum Beratungstermin vorladen, Erwerbslosen auch geringe Fahrtkosten erstatten müssen. (DoMi)

LSG Nds.-Bremen

www.landessozialgericht.niedersachsen.de

Urteil vom 06.12.2007:

Az.: B14/7b AS 50/06 R

Beschluss vom 03.12.2007:

Az.: L7 AS 666/07 ER

Fälschungssicher: Neue üstra-Tickets bekommen Strichcode

üstra-Fahrkarten sollen fälschungssicherer werden. Auf der Rückseite wird erstmals ein Strichcode aufgedruckt. Hintergrund: **Die neuen üstra-Automaten werden künftig nicht nur Einzelfahrscheine, sondern auch Monatskarten verkaufen - eine 2-Zonen-Card kostet z.B. 59,70 €.** "Das ist ja im Prinzip wie ein Geldschein", sagte üstra-Sprecher Udo Iwanek. Deshalb solle "die Abwehr von Fälschungen und Diebstählen" verbessert werden. 2007 hatte die Polizei 170 Urkundenfälschungen zum Nachteil der üstra registriert. Über Details zu dem Strichcode schweigt das Unternehmen aus Sicherheitsgründen. Beim Entwurf des neuen Ticket-Automaten sei jedoch viel Wert auf Abschreckung von Kriminellen gelegt worden: Ein verstärktes mehrschichtiges Edelstahlgehäuse soll Aufbrüche verhindern, also ein robuster Outdoor-Panzerschrank. Außerdem gibt

das Gerät Alarm, wenn es gewaltsam geöffnet werden soll. Falschgeld soll das Gerät ebenfalls erkennen. Der erste Prototyp wurde Anfang Dezember 2007 vom hannoverschen Hersteller Höft & Wessel der üstra vorgestellt. Im Mai 2008 werden die ersten 20 neuen Ticket-Automaten aufgestellt. (@lptraum berichtete). Derzeit laufen dazu Vorbereitungen. Übrigens hat die üstra noch nicht entschieden, ob es an den Geräten auch Karten auf Vorrat geben wird, oder wie bei den alten Tix & Müx-Automaten nur entwertete Tickets herauskommen. "Wir führen derzeit Marktforschung durch, wir wollen wissen, was die Leute wollen." Bis zum Sommer 2009 wollen die Verkehrsbetriebe 340 neue Automaten an den 190 üstra-Stadtbahnhaltestellen für rund 9,6 Millionen € installieren. Sie lösen die umstrittenen Tix & Müx-Säulen ab. (siehe @lptraum 10/2007) Infos: www.uestra.de (ErSt)



Rot/Grüne SozialTicket-Mogelpackung: 20 - 33 € statt geforderte 15 €?

Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !

Beim nächsten Amts-Besuch, zum JobCenter, zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt, empfiehlt das ArbeitsLosenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. Material-

SammlerInnen gesucht !
Greift zu eurer spitzen Feder !
 Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann. Wichtig ist, dass wir den Lügen und

der gezielten Desinformation entgegenzutreten. Jeden 3. Dienstag im Monat 18.03-19.00 Uhr stellen wir als Redaktion "Politbüro" Öffentlichkeit auch im Bürgerfunk her. (Alp)

alptraum@radioflora.de



Ein Kapitalistischer Angriff auf Presse- und Meinungsfreiheit ?

IXION gegen LabourNet - LabourNet-Betreiber stehen wegen angeblicher Beleidigung vor Gericht

Das gewerkschaftsnahe Online-Portal LabourNet muss sich gegen eine Klage wegen Beleidigung vor Gericht verteidigen. In einem in LabourNet veröffentlichten anonymen Bericht wurden die Eigner des Maschinenbauunternehmens IXION durch einen Beschäftigten der Firma als "Kapitalisten" bezeichnet. IXION fühlte sich dadurch angegriffen und strengte einen Prozess gegen das Internetportal Labournet an. IXION fordert, dass die gesamte Berichterstattung über das Unternehmen von der Web-Seite entfernt wird. Der Redaktion soll demnach außerdem verboten werden, die Beschäftigten des Unternehmens zu einer eigenständigen Berichterstattung aufzurufen. Auch die Bochumer Staatsanwaltschaft soll inzwischen ermitteln.

Labournet-Redakteurin Mag Wompelel bezeichnete die Klage als Angriff auf die Pressefreiheit. Bei dem Verfahren gehe es darum, ob sich das Privatinteresse der Kapitalbesitzer eines mittelständischen Betriebes juristisch gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung durchsetzen kann.

LabourNet geriet bereits im Jahr 2005

ins Visier der Justiz. Den Abdruck der URL auf einem Flugblatt in Form eines fingierten Schreibens der Bundesagentur für Arbeit nahm die Justiz zum Anlass, eine Hausdurchsuchung bei den Betreibern durchzuführen. Das Verfahren wurde ein Jahr später vollständig eingestellt.

Im Prozess IXION gegen LabourNet kam es am 29.02.2008 vor dem Hamburger Landgericht überraschenderweise zu keiner Urteilsverkündung. Die in Hamburg ansässige Maschinenbaufirma IXION hatte ursprünglich beantragt, dass das Internetportal LabourNet kritische Einträge über die Arbeitsverhältnisse bei IXION löschen soll. Außerdem versuchte man, die verantwortliche Redakteurin Mag Wompelel in die Schranken zu weisen, so dass sie damit aufhören muss, IXION-Beschäftigte zur weiteren Berichterstattung über die dortigen Zustände aufzurufen. IXION hatte sich von bestimmten Worten, wie "Kapitalist" und "Erpresser", die in dem Eintrag verwendet worden waren, in seinen Persönlichkeitsrechten geschädigt gefühlt. Demgegenüber pocht LabourNet auf das Recht auf freie Meinungsäußerung. Überraschend kündigte IXION aber vor Gericht eine komplett neue Klage an. Die Klägerseite, so teilte der Richter

mit, habe sich zu einer komplett veränderten Klageschrift entschlossen. Diese müsse nun geprüft werden. Ein neuer Verhandlungstermin ist daher erst für den 2. Mai anberaumt. Mag Wompelel sieht den 1. Verhandlungstag dennoch als Erfolg: **"Der Richter hat sich eindeutig geäußert"**, sagte sie dem ND, kurz nachdem sie aus dem voll besetzten Sitzungsraum kam. **"Er hat gesagt, dass wäre es bei der ursprünglichen Klage geblieben sie in allen Punkten abgeschmettert worden wäre"**. Rückendeckung vom Gericht. **"Nach den Worten des Richters gelten sowohl 'Kapitalist' als auch 'Erpresser' als zulässige Meinungsäußerungen"**, erläutert Wompelel. Grünes Licht gab es auch im zweiten Hauptpunkt der Klage:

Demnach hätte die Redakteurin die IXION-Beschäftigten auf Grundlage der Recherchefreiheit weiter zur Berichterstattung aufrufen dürfen. IXION hatte zuvor schon versucht, gerichtlich den Namen der Person herauszufinden, die anonym über die Verhältnisse in dem Betrieb berichtet hatte. Auch in diesem Punkt steht das Gericht offenbar auf der Seite der Beklagten: **Das Recht auf anonyme Berichterstattung sieht es als verfassungsmäßig geschützt.**

Quelle: ND vom 01.03.2008 (Alp)

"Gesundheits-Reform" richtet sich abermals gegen ALG-II-er

Die Einführung des Gesundheitsfonds mit einem einheitlichen Krankenkassenbeitrag bringt für Millionen Empfänger von Arbeitslosengeld II eine Ungleichbehandlung gegenüber dem Rest der Versicherten.

Wenn ihre Kasse mit den Beiträgen nicht auskommt und deshalb einen Zusatzbeitrag von ihren Mitgliedern erhebt, müssen die Hartz-IV-Empfänger diesen von ihrem Arbeitslosengeld II bezahlen. Wollen sie das nicht, müssen sie die

Kasse wechseln. Im umgekehrten Fall dagegen, wenn also eine Kasse Überschüsse erzielt und ihren Versicherten deshalb eine Prämie auszahlt, gehen Arbeitslosengeld-II-Bezieher leer aus: Die Prämie wird als Einkommen auf die staatliche Unterstützung angerechnet. **Ein „Skandal !“** Mit Inkrafttreten des Gesundheitsfonds ab Januar 2009 wird auch ein Passus im Gesundheitsgesetz wirksam, der zur Beitragszahlung bestimmt, dass die Arbeitsagenturen oder

die kommunalen Träger die Beiträge für die Bezieher von Arbeitslosengeld II übernehmen **mit Ausnahme des Zusatzbeitrags Etwaige Prämienauszahlungen der Krankenkasse werden aber als Einkommen des Arbeitslosengeld-II-Beziehers berücksichtigt.** Den Zusatzbeitrag müssen Krankenkassen erheben, die mit der Zuteilung der Gelder aus dem künftigen Gesundheitsfonds nicht auskommen. (Alp) Kassenwechsel ? - Nicht mit ALG II ?

Das @lptraum-Team wünscht allen LeserInnen ein frohes Osterfest !

fairKauf eG - seit ca. 50 Tagen Secondhand-Kaufhaus in Hannover

Am 14.01.2008 eröffnete unter dem Namen **fairKauf eG** ein Secondhand-Kaufhaus im ehemaligen Möbelhaus Borsum in der Limburgstraße 1.

fairKauf eG ist von drei Gründungsmitgliedern, das sind Caritas, Diakonie und Werkheim e.V. in der Rechtsform einer gemeinnützigen Genossenschaft ins Geschäftsleben gerufen worden.

In unserer letzten **@lptraum**-Ausgabe gaben wir der **fairKauf eG** die Möglichkeit, mit einem Eigenbericht Sinn und Ziele dieser Einrichtung zu erklären. Herr Fahbusch, ehemaliger Banker der Apothekerbank wies in seinem Beitrag darauf hin, dass durchaus auch Menschen mit einem kleinen Geldbeutel mit 50,-€ Anteilseigner dieser Genossenschaft werden könnten, um z.B. mit stolzgefüllter Brust in dem eigenen Kaufhaus einkaufen zu können. Der Hinweis, bei Geldproblemen die Einlage kurzfristig rückfordern zu können, ist in der Satzung zur Genossenschaft so jedoch nicht vorgesehen. Sicherlich kann mit gutem Willen und Übergabe des Genossenschaftsanteils an einen Nachfolger "getrickst" werden, dieses gab aber die Selbstdarstellung nicht wieder. Auch der Hinweis in der Pressekonferenz am Eröffnungstag, Bedürftige müssen sich nicht outen, sie können ebenso wie auch "gutbetuchte" Käufer einkaufen. Wie fast immer, wenn Nichtbetroffene über Betroffene reden und entscheiden, geht die Praxis oft an den Bedürfnissen der Betroffenen vorbei. Das selbst gefundene Etikett "Sozialkaufhaus" ist kein Beweis dafür, dass auch "Sozial im Kaufhaus" verwirklicht wird. Es gibt derzeit offiziell keine Rabatte, keine Sonderpreise für Bedürftige. Der Hinweis auf Zahlungsmöglichkeit mittels Berechtigungsschein von JobCenter oder Sozialamt anstatt Bargeldzahlung festigt sicherlich auch den von **fairKauf eG** erwünschten Kaufpreis. Dass viele der ausliegenden



Führungriege
fairKauf eG
(Pressetermin 14.01.2008)

Kleinartikel bzw. Bekleidungsstücke durchaus zu Niedrigpreisen zu finden sind ist dem Umstand zu verdanken, dass die Ware vorwiegend gebraucht ist und gespendet wurde. Der Traum eines jeden Kaufmanns bzw. eine Grundregel kaufmännischen Handelns ist, Gewinne bereits beim Einkauf zu erzielen. Dieses Ziel ist mit Spendenannahmen absolut maximiert. Neben den Spenden zum Nulltarif-Einkauf sind an der Beschaffung des Warennachschubes auch private Wohnungsauflöser und Entrümpelungsfirmen eingebunden, die speziell bei der Beschaffung von Möbeln ihren Anteil am Verkaufserlös beanspruchen. Die Preisgestaltung zu den angebotenen Waren ist in vielen Fällen nicht nachvollziehbar. Einige der angebotenen Möbel sind in normalen Kaufhäusern als Neuware preiswerter. Auch sind Gebrauchtwaren und Gebraucht Kleidung auf Flohmärkten oft günstiger zu erwerben. Schnäppchen an hochwertigen Waren sind, da eine Sozialrabattierung nicht vorgesehen ist, oft nur der kaufkräftigen Kundschaft vorbehalten. Da auch ein "Sozialkaufhaus" zum eigenen Überleben Umsatz machen muss, ist diese Gratwanderung zwischen dem Anspruch auf "sozial" und einer Kommerzialisierung durch den Verkauf an alle

ohne Einräumung von Sozial-Rabatten erkennbar. Durchaus ein Problem aller so genannten sozialen Einrichtungen. Schaut man sich die Satzung der **fairKauf eG** bezüglich ihrem Zweck und Gegenstand (§2) an, so geht es um: *berufliche Qualifizierung, Umschulung und soziale Betreuung von Arbeitslosen mittels gemeinsamen Geschäftsbetriebes.* Die Umsetzung erfolgt mittels: **eines Handelsgeschäftes, das der Qualifizierung und sozialen Betreuung von Langzeitarbeitslosen dient** Einrichtung: **von Werkstätten, vorwiegend zur Herstellung und Reparatur der im Handelsgeschäft angebotenen Waren.**

Betrieb: **von Transportunternehmen, die ebenfalls der Qualifizierung und Betreuung - insbesondere in der Landeshauptstadt Hannover dienen.** **Der Zweckbetrieb ist nicht in erster Linie auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die beschäftigungspolitischen Ziele der Gründungsmitglieder werden insbesondere dadurch erreicht, dass für die Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geltende Tarifverträge Anwendung finden.** Soweit die in der Satzung benannten Ziele zu den angestrebten Beschäftigungsverhältnissen. Selbstverständlich ist Verfolgung gemeinnütziger Zwecke im Sinne "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung beachtet. Der Mehrwertsteueranteil auf Warenverkauf und Dienstleistung beträgt somit ermäßigt nur 7 %. Ob die postulierten Ziele der Gründungsmitglieder: **"dass für die Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geltende Tarifverträge Anwendung finden"**, auch umgesetzt werden? Gemeinnützige Einrichtungen bedienen sich gerne nicht nur an Ehrenamtlichen. Die so genannten 1-€Jobs bringen neben kostenlose Arbeitskraft auch üppige JobCenter-Gelder. **"Führe uns nicht in Versuchung"** (Alp)

Fiese Tricks von Polizei und Justiz ? Fortsetzung im Landgericht ?

30 Tagessätze als Exempel gegen den Angeklagten B., weil dieser beim "Durchgreifen", "Verhaftung der Lautsprecheranlage" im Wege stand bzw. von Beamten auf den Boden geworfen, gefesselt und weggetra-

gen wurde, obwohl er keine Gegenwehr leistete ? Die Berufungsverhandlung findet am 27.03.2008 10 Uhr im Landgericht Hannover statt. Noch unklar, ob eine Klage vor dem Verfassungsgericht klären muss, wie weit

polizeiliches Handeln das Versammlungsrecht beschränken oder, wie geschehen, kriminalisieren darf. (HaDe) **Spendenkonto Nr. 185 164 503, Wiebke Koepsell Postbank BLZ 370 100 50**

Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:

H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparguthaben.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendenzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.



Datenspeicherung-Massenverfassungsklage: www.vorratsdatenspeicherung.de

Wohnungs- und Hausbesuche bei Hartz IV müssen nicht geduldet werden



In einem neuerlichen Urteil hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen im Januar entschieden, dass ein Arbeitslosengeld-II-Empfänger eine Besichtigung durch das Amt nicht dulden muss. Die Ämter hatten argumentiert, dass Sozialleistungsempfänger Hausbesuche dulden müssten, da dies der so genannten Mitwirkungspflicht nach dem Sozialgesetzbuch-I (SGB I) unterliegt.

Dem ist jedoch nicht so, wie das Gericht (Az.: LSG NRW L 7 B 284/07 AS ER) dem Kläger bestätigte.

Es gäbe auch keine gesetzliche Grundlage, die Hausbesuche durch Ämter rechtfertigen würde.

Das LSG Nordrhein-Westfalen in Essen argumentierte, dass Eingriffe in bürgerliche Grundrechte grundsätzlich durch den Gesetzgeber geregelt sein müssen. Die Unverletzbarkeit der privaten Wohnung ist durch das Grundgesetz geregelt (Artikel 13 Abs. 7). Spezielle Mitwirkungspflichten hat die Gesetzgebung vor dem Hintergrund des Rechts auf körperliche Unversehrtheit (Art. 1 Abs. 2 Satz 1 GG) insbesondere für körperliche Untersuchungen vorgesehen (§ 62, § 65 Abs. 2 SGB I), nicht aber um Wohnungen zu durchsuchen. (ErSt)

Infos unter: www.lsg.nrw.de oder www.sozialgerichtsbarkeit.de

Zunahme an Repressionen der Bundesagentur gegen Erwerbslose

Das Erwerbslosen Forum Deutschland verzeichnet massive Zunahme an rechtswidrigen Repressionen gegenüber Hartz IV-Beziehern

Das Erwerbslosen Forum Deutschland hat sich mit scharfer Kritik an die Hartz IV-Behörden gewandt, deren Mitarbeiter immer häufiger ihre Arbeit völlig willkürlich und ohne rechtliche Grundlagen verrichten würden. Immer öfter würden sich Menschen an die Initiative wenden, weil ihnen scheinbar ohne Benennung von Gründen die Leistungen entzogen worden sei, völlig rechtswidrige Sanktionen verhängt wurden oder die Annahme von Hartz IV-Anträgen durch fadenscheinige Gründe unnötig in die Länge gezogen würde. In fast allen Fällen, wo das Erwerbslosen Forum Deutschland den Betroffenen Menschen helfen würde, hatte man eklatante Fehler festgestellt und die Menschen könnten ihre berechtigten Ansprüche oftmals nur gerichtlich durchsetzen. **„Die lassen uns verhungern“** ist oft die Aussage von völlig verzweifelten Menschen, die sich an die Initiative mit ihrer stark frequentierten Internetplattform wenden. **„Oftmals haben die Menschen eine wahre Odyssee hinter sich, bis sie zu uns gefunden haben. Dabei erleben sie eine Kaltschnäuzigkeit von Behördenmitarbeitern, wie sie sie in ihren kühnsten Träumen sich nicht hätten ausdenken können“**, so Martin Behrsing, Sprecher des Erwerbslosen Forum Deutschland. Mitarbeiter würden den Menschen auf die Frage wovon sie denn die nächsten Wochen überleben sollen oft entgegen: **„Das interessiert uns nicht“**. Die Antragsannahme würde

oftmals durch fortwährende Forderungen von völlig unnötigen Unterlagen verschleppt. Dazu müssten die Menschen jedes Mal einen neuen Termin machen. Die Krönung machte damit die Kölner Arbeitsgemeinschaft, die einen Menschen 24 mal zu einem neuen Termin kommen ließ. **„Wir machen den Vorwurf, dass Menschen mit Migrationshintergrund, hilflose Personen (etwa Drogenabhängige Personen) oder Menschen, die nur ein geringes Selbstbewusstsein haben, besonders unter diesen willkürlichen Handlungen zu leiden haben und sich so etwas gefallen lassen“**, so die Initiative. Zudem würden verstärkt die Behörden durch telefonische Nichterreichbarkeit und durch den Einsatz von Sicherheitsdiensten, persönliche Vorsprachen ohne Termin verhindern. Termine würden auch in Notlagen nicht zeitnah vergeben. Ein besonderes Ärgernis sei, dass immer mehr Behörden Sanktionen oder Leistungseinstellungen verhängen würden und dabei die einfachsten rechtlichen Grundlagen außer acht gelassen würden. **„Wir haben es jetzt wiederholt erlebt, dass Menschen an einem Tag direkt dreimal sanktioniert wurden, bis der Regelsatz auf Null Euro war. Dabei wird sich weder an Verfahrensfristen gehalten, noch an die gängige Rechtsprechung. Oftmals wissen die Menschen auch noch nicht einmal, weswegen ihre Leistungen eingestellt wurden und es passiert nicht selten, dass die Behörden sich das auch nicht erklären können, aber für schnelle Abhilfe auch nicht sorgen wollen. Wir sprechen hier nicht von Einzelfällen.“**

Wir beobachten dieses bundesweit und erleben seit ca. 5 Monaten zunehmende Repressionen gegen Hartz IV-Bezieher. Es ist uns bewusst, dass viele Mitarbeiter in den Behörden völlig überfordert sind oder sich mit Hartz IV überhaupt nicht auskennen. Das darf aber nicht dazu führen, dass der von oben angeordnete Druck auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen wird oder Mitarbeiter dazu übergehen und Entscheidungen aus dem Bauch treffen. Wir appellieren hier an den Bundesarbeits- und Sozialminister Olaf Scholz, hier umgehend im Sinne der Betroffenen tätig zu werden“, so Behrsing in Bonn. **Das Erwerbslosen Forum Deutschland betont nochmals, dass Leistungen der Grundsicherung repressionsfrei gewährt werden müssen, da sie ein soziokulturelles Grundrecht sind. Dies verlangt auch, dass die Menschen ihre Ansprüche ohne Verzögerungen erhalten.** (Alp)

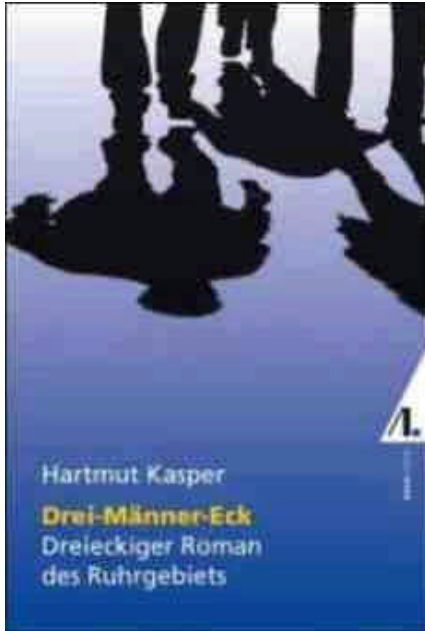
Weitere Informationen unter: www.erwerbslosenforum.de



@lptraum-Lesetipp Nr. 65 im März 2008:

Drei-Männer-Eck: Dreieckiger Roman des Ruhrgebiets - von Hartmut Kasper

Squads - Würfeln mit Einsteins Gehirn oder Das Senfglas - Die Jäger von Gelsenkirchen



Seit drei Jahren, mit Erscheinen der dritten @lptraum-Ausgabe im März 2005, stellt das @lptraum-Team seinen LeserInnen monatlich Buch- & Lesetipps vor. Stets darauf bedacht, dass Ratgeber, Fachbücher, Romane und Krimis auch einen Bezug auf Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Hartz IV beinhalten. Mit dieser Rubrik wollen wir unsere LeserInnen ermuntern, ab und zu einmal etwas anderes als Ablehnungs- oder Bewilligungsbescheide der Agentur für Arbeit zu lesen. -

Hier nun @lptraum-Lesetipp Nr. 65: Auf dem Wanne-Eickeler Bahnhofsvorplatz steht das **Drei-Männer-Eck**, ein Skulpturen-Ensemble aus einem Schiffer, einem Bergmann und einem Eisenbahner. Von einem solchen Drei-Männer-Eck aus Fleisch und Blut erzählt Hartmut Kaspers unkonventioneller Roman in drei Teilen - oder sind es drei Geschichten? Schauplatz des von sanftem Wahn durchzogenen Geschehens ist eine Art Ruhrstadt. Sie

spielt die heimliche Hauptrolle als Territorium der Kindheit, als Utopie und gemeinsame Kopfgeburt, als Stadt, die etwas von einer untergegangenen Welt oder einem versunkenen Kontinent hat. In den drei Teilen **Squads**, **Würfeln mit Einsteins Gehirn** oder **Das Senfglas** und **Die Jäger von Gelsenkirchen** geht es um die schiere Normalität des Lebens: um Liebe, Geld, Fernsehen und Englerscheinungen, um Science Fiction und den Tod, um Diebstahl, Leihbuchhandlungen, Frauen, Kunststoffe und andere Wohltaten, um Verdauungsschwierigkeiten des Körpers und des Geistes, um Gerichtsverhandlungen und die Freuden der Elternschaft, um Auto-unfälle, Theologie, Petrochemie und andere Heilberufe - und überhaupt um den Traum von einem besseren Leben. - Hartmut Kasper, **Drei-Männer-Eck**: 3eckiger Roman des Ruhrgebiets, **asso**verlag 2007, 170 Seiten, 16,90 €, ISBN: 978-3-938834-26-8
Infos: www.assoerlag.de (ErSt)

STREIK-TV: "Die Sendung zur Arbeit" ver.di-Internet-Fernsehen: www.streik.tv

"Bananenklauser", so erläuterte uns **ver.di**-Vorsitzender Frank Bsirske in seiner Rede anlässlich des Streiktages am Dienstag den 04.03.2008 in Hannover, seien Menschen, die Kollegen Bananen kaufen lassen, sich dann selbst an diesen Früchten vergreifen und auch noch über mangelnde Qualität der den Kollegen geklauten Bananen nörgeln.

Was will uns **ver.di**-Gewerkschaftschef Bsirske sagen? Es wurde nicht klar, wen Frank Bsirske als "Bananenklauser" anprangern wollte. Bert Brecht drückte sich klarer aus, als er von dem Pfennig

sprach, der dem Arbeiter gelassen wird, wobei mit Recht der Verbleib der Mark (beim Kapitalisten) beklagt wird. Es wäre gut, wenn auch ein Frank Bsirske sich noch an das tägliche Ungleichgewicht der Aufteilung des durch Produktion gewonnenen Mehrwertes zwischen Kapitalisten und Lohnabhängigen erinnerte, die eigentlichen Verursacher sozialer Schiefen auch korrekt benennen würde und nicht Entsolidarisierung durch komische Geschichten betreibt. 20.000 Demoteilnehmer sind in Hannover vom Veranstalter gezählt worden. Ein Warnstreik zu dem Lohnkampf

im öffentlichen Dienst. Es ist richtig, für gute Arbeit auch einen guten Lohn zu fordern. Das funktioniert aber nur mit Solidarität der Lohnabhängigen auch untereinander. Neid gegen Erwerbslose und Geringverdiener, die auf Transferleistung durch Solidarkassen angewiesen sind, lenken von dem eigentlichen Klassenfeind ab. Asphaltverkäufer berichteten, trotz der 20.000 Menschen in Hannovers City kaum ihre "soziale Zeitung" an Mann und Frau gebracht haben zu können. Hat Bsirskes "Bananenklauser"-Story gewirkt? Bitte schaut mal bei www.streik.tv nach und berichtet. (Alp)

"Die Reformen auf dem Arbeitsmarkt müssen konsequenter und schneller fortgesetzt, aber keinesfalls zurückgenommen werden."
(Chef-"Arbeitgeber" Hundt am 29.02.2008 im DLF-Interview)

**Reicher Mann und armer Mann standen da und sah`n sich an.
Da sagt der Arme bleich: "Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich."**
(Bert Brecht 1898-1956)

@lptraum-NOKIA: "NICHT OHNE KAMPF INS AUSLAND"

Bochumer Demo-Aufruf zur Schließung des Standortes Nokia Mobile Phone... (IG Metall)

DB-Niedersachsen-Ticket: 5 Leute. 1 Tag. 27 Euro. Nds.-Ticket Single: 19 Euro.

@l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

März - 2008

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 4, Ausgabe 3

+++ lokal und aktuell +++

Mitstreiter findet ihr hier:



Montags - Demo - Hannover

Montags von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Offenes Mikrofon für jederman/frau & Kundgebung
Innenstadt, Georgstraße / Schiller-Denkmal
"Aufstehen gegen den Sozialkahlschlag!"

[ka:punkt] Beratungs- und Behandlungsstelle

Gruppenstraße 8 (Innenstadt) 30159 Hannover
"Offene Tür": ein Angebot der katholischen Kirche
Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Uhr, Sa. nur bis 14.00 Uhr
Anmeldung Beratung / Info: Telefon 0511 / 270 739-0

IG Metall-Arbeitskreis "Erwerbslose"

Jeden 1.+3. Mittwoch im Monat 10.00 - 12.00 Uhr
IG Metall - Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover

ver.di Ortserwerbslosen- ausschuss Region Hannover

Jeden 1. Mittwoch im Monat 15.00 Uhr - 18.00 Uhr
in der Rotation, ver.di - Höfe, Haus C
Goseriede 10, 30159 Hannover (Üstra-Linie 10 +17)
E-Mail: Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de

erzählcafé bürgerinitiative gartenhaus

Mittwochs ab 16.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,
30167 Hannover-Nordstadt, Tel. 0173-7865348
in Zusammenarbeit mit "querkunst hannover"
E-Mail: wulf.huehn@querkunst-hannover.de

Arbeitskreis Arbeitslose Linden

Donnerstags 10.00 Uhr - 12.30 Uhr
im Freizeitheim Linden (Raum U 5)
Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover
E-Mail: info@arbeitslosenkreis-linden.de

... und im Anschluss in's "Café Net(t)"

Limmerstraße 5 / Küchengarten (Üstra-Linie10+700)

Offener Abend bürgerinitiative gartenhaus

Freitags ab 20.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,
30167 Hannover-Nordstadt,

Projektgruppe "Agenda 2010 kippen"

E-Mail: info@gegen-sozialabbau.de



@l p t r a u m: info@gegen-sozialabbau.de

@l p t r a u m - Termine im März 2008:

+++ Termine im März +++

Samstag, 1. März 2008, 1160 Tage Hartz IV:

Ausstellung: **Wilhelm Busch - erotisch, komisch, gnadenlos**
Di. - Fr. 11 - 17 Uhr, Sa., So., Feiertags 11 - 18 Uhr [bis 9. Okt.]
Wilhelm-Busch-Museum, Georgengarten 1, 30167 Hannover
[erm. Eintritt 2,50 Euro] Infos: www.wilhelm-busch-museum.de

Sonntag, 2. März 2008, **Stadtteilklohmärkte Linden:**

Ramsch, Trödel, Kitsch und Schnäppchen [Eintritt: kostenlos]
Einlass: 10 Uhr / Beginn: 11 Uhr, Faust e.V.-Freigelände Linden
jeden 1. und 3. Sonntag im Monat - Infos: www.faustev.de

Damals vor 75 Jahren, ... anno 3. März 1933:

Letzte öffentliche SPD-Kundgebung in Hannover-Linden...

Dienstag, 4. März 2008, 17.30 bis 19.30 Uhr:

After-Work-Bildung: **Playbacktheater - Theater für Berater...**
Carpe diem - nutze den Tag! [kostenlos] Tel. 0511-12400416
Ort: ver.di-Höfe, Rotation, Goseriede 10-12, 30159 Hannover

Samstag, 8. März 2008, Internationaler Frauentag:

Initiiert durch **Clara Zetkin (1857-1933)** fand der 1. Internationale
Frauentag am 19.03.1911 statt. - Die Festlegung auf den 8. März
beschloss 1921 die 2. Kommunistische Frauenkonferenz...

Sonntag, 9. März 2008, 14.00 bis 18.00 Uhr:

Pavillon: Second-Hand-Basar für Kinderartikel [Eintritt: 1 Euro]
Bekleidung, Spielzeug, Bücher, Spiele & vieles mehr - Kinderkino
& Schminken - Kaffee & Kuchen - Infos: www.pavillon-hannover.de

Damals vor 75 Jahren, ... anno 9. März 1933:

140 Kommunisten werden in Niedersachsen nach dem Reichstags-
brand verhaftet. Die SA hisst über Gerichten die Hakenkreuzfahne...
Die NSDAP wird zur Kommunalwahl mit 41,9 Prozent stärkste Partei.

Samstag, 15. März 2008, 10.00 bis 18.00 Uhr:

seit 14.1.2008: **fairKauf** - Das soziale Kaufhaus in Hannovers City
Möbel, Hausrat, Kleidung - Montag bis Samstag von 10 bis 18 Uhr
Limburgstr. 1, 30159 Hannover - Infos: www.fairkauf-hannover.de

Damals vor 28 Jahren, ... anno 23. März 1980:

Eine Gruppe, die sich "**Revolutionäre Zellen in der IG Metall**" nennt,
verübt einen Sprengstoffanschlag auf das Bundesarbeitsgericht in
Kassel. Dort wird über die Rechtmäßigkeit von Aussperrungen als
Antwort der Arbeitgeber auf Streiks verhandelt...

Donnerstag, 27. März 2008, 20.00 bis 21.30 Uhr:

Pavillon: U-Bahn-Kontrollöre in tiefgefrorenen Frauenkleidern
Hardcore-A-cappella vom Besten und Comedy vom Beklopptesten
"Vollgas" die neue wahnwitzige Show der 5 U-Bahn-Kontrollöre...
Lister Meile 4, 30161 Hannover, Infos: www.pavillon-hannover.de

**Laut Regelsatz stehen ALG II- und Sozialgeld-Empfängern
monatlich 4,63 Euro für "Freizeit & Kultur" zur Verfügung!
Der "Mobilitätsanteil" beträgt 14,06 Euro für BG-Vorstände.**



Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit.
Spendenkonto: H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4
BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

@l p t r a u m gelesen und als interessant befunden ? Mitmachen - Weitergeben